



CDU RATSFRAKTION DER
STADT OSNABRÜCK

Christopher Peiler
Fraktionsgeschäftsführung
Telefon (0541)323-4300
Mobil: 0172 5757117

Peiler@osnabrueck.de
www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de

Pressemitteilung
Nummer 04/2018

4. Februar 2018

CDU: Offener Neumarkt gut für den Klimaschutz

„Der offene Neumarkt vermeidet Umwege und Staus, führt dadurch zur Verringerung von CO₂ und ist deshalb gut für den Klimaschutz“, diese These untermauerte CDU-Fraktionsvorsitzender Fritz Brickwedde nun mit konkreten Zahlen.

Von Wellmann in Hellern bis zur Bremer Brücke in Schinkel sei ein Testwagen außerhalb des Berufsverkehrs die Strecke über den Neumarkt, über den Wall und über die Autobahn gefahren. Über den Neumarkt seien es 5,3 km und zwölf Minuten Fahrtzeit gewesen. Über den Wall habe der PKW fünfzehn Minuten für 6,6 km benötigt. Die Fahrt über die Autobahn habe für 16,4 km achtzehn Minuten gebraucht. Allein der Umweg über die Autobahn bedeute eine Verdreifachung der Strecke. Es sei völlig eindeutig, dass mehr Kilometer auch zu mehr Emissionen von CO₂ führen würden.

Komme es aber wegen der Neumarktspernung zu zusätzlichen Staus sei die Klimabilanz noch deutlich schlechter. Denn stop and go bedeute noch mehr Emissionen pro Kilometer. Bei der Sperrung des Neumarkts würden Umwege über den Wall, durch Wohngebiete und die Autobahn hervorgerufen und unnötige Staus produziert.

Die Annahme der Befürworter der Sperrung, die Autofahrer würden genervt auf die Busse umsteigen, sei pures Wunschdenken, so die CDU. Brickwedde: „Während der Zeit der Neumarktspernung hat es weder einen Rückgang des Fahrzeugbestandes noch eine Zunahme an Bustickets gegeben.“ 2014 wurden außerhalb von Abonnements bei ca. 1,183 Mill. Fahrscheinen 3,051 Mill. Personen befördert. 2015 waren das 1,177 Mill. Fahrscheine und 3,073 Mill. Personen. 2016 wurden bei 1,173 Mill. Fahrscheinen 3,034 Mill. Personen befördert. Nach Auskunft

der Stadtwerke kann ein Zusammenhang zur Neumarktspernung nicht hergeleitet werden. Eine faktenbasierte Diskussion sei jetzt wichtig, auch wenn es um die Umsetzung des Lüneburger Urteils gehe.